

## **Bleiberecht. Redebeitrag zur IMK**

Ich möchte hier eine Rede halten für die Kampagne Papiere für Alle.

Wie ihr alle wist findet im November die Innenministerkonferenz in Nürnberg statt. Seit Jahren wird zu den Treffen der Innenministerkonferenz von antirassistischen Gruppen und Flüchtlingsorganisationen ein Bleiberecht gefordert und seit Jahren lehnt die Innenministerkonferenz ein solches ab.

Und noch immer stößt die Forderung nach einem Bleiberecht auf breite Ablehnung bei den Innenministern, auch wenn jetzt allenthalben davon die Rede ist, dass auf der Innenministerkonferenz im November eine Bleiberechtsregelung verabschiedet wird. Die derzeitigen Planungen und Vorschläge hierfür sind derart eingeschränkt und mit so vielen Ausnahmen versehen, dass von einem Bleiberecht nicht die Rede sein kann. Wir müssen also klar den Unterschied erkennen zwischen *Bleiberecht* und *Bleiberechtsregelung*!

Schauen wir uns also die derzeitigen Vorschläge an. Zunächst gibt es da den Vorschlag, ein Bleiberecht auf zwei Jahre zu befristen. Das heißt selbst wer ein Bleiberecht bekommt muß immer wieder sein weiteres Wohlergehen nachweisen. Von einem Recht kann man hier also nicht sprechen, eher von einer Gnade. Die Innenminister wollen Flüchtlingen keine Aufenthaltsgenehmigung geben, wenn sie sich nicht ihren eigenen Lebensunterhalt sichern können. Obwohl die meisten der in Deutschland geduldeten Flüchtlinge gar keine Chance haben eine Arbeit zu erhalten. Sie wurden in den letzten Jahren von den Ausländerbehörden und Arbeitsämtern systematisch aus ihren Arbeitsplätzen gedrängt. Nun sollen sie allerdings nur bleiben dürfen, wenn sie eine Arbeit nachweisen können. Zudem soll kein Flüchtling ein Bleiberecht erhalten, der eine Straftat begangen hat. Viele Straftaten, für die Flüchtlinge verurteilt werden sind aber nur deswegen verhängt worden, weil es Sondergesetze wie z.B. die Residenzpflicht gibt.

Die restriktiven Einschränkungen der Bleiberechtsregelung zielen darauf ab, den Kreis derjenigen, die ein Bleiberecht erhalten, möglichst klein zu halten.

Die Politiker betonen immer wieder, dass im Zentrum der Regelungen die Kinder stehen sollen. Sie sollen ein Bleiberecht erhalten, wenn sie gut in der Schule sind und sich in die Gesellschaft integriert haben. Haben sie die Schule allerdings beendet, so der zynische Vorschlag sollen ihre Eltern abgeschoben werden. An der jungen Arbeitskraft ist der Staat interessiert, nicht aber daran, die Rente für die ältere Generation zu zahlen. Die ökonomischen Verwertungsinteressen gehen für die Politik vor, eine humanitäre Regelung des Bleiberechts bleibt auf der Strecke.

Uns reicht es natürlich nicht aus, nur eine Regelung des Bleiberechts für einige wenige durchzusetzen, auch wenn dies erst mal ein Anfang wäre. Der Kampf um Bleiberecht muß also ein permanenter sein, der auch alle Formen der Migration mit einbezieht. Für uns heißt dies, auch ein Bleiberecht für die Illegalisierten durchzusetzen. Denn kein Mensch ist illegal und daher fordern wir **Papiere für Alle**.

Solidarisieren wir uns mit dem Kampf der Flüchtlinge um Lebensperspektiven und Selbstbestimmung. Und bekämpfen wir die rassistischen Ausschließungstechniken der Bundes Deutschen und europäischen Migrationspolitik. Wir haben heute hier am transnationalen

MigrationsAktionstag für Globale Bewegungsfreiheit und Gleiche Rechte für alle, ein Zeichen gesetzt. Es bedarf allerdings vielfältiger antirassistischer Kämpfe. Organisiert diese vor Ort bringt euch ein.

Kommt mit uns nach Nürnberg und demonstriert dort mit uns vor der Innenministerkonferenz am 16. November für ein bedingungsloses Bleiberecht.

Auch dort kann unsere Forderung nur heißen: **Papiere für Alle!**